
Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Januar 2019

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

wie nicht anders zu erwarten, haben einige Äußerungen zur Straßenumbenennungspolitik – welch monströses Wort – im letzten Newsletter neben Zustimmung auch heftigen Widerspruch erzeugt. Das kann bei solch einem komplexen Thema auch nicht anders sein. Es gilt, diesen Meinungsstreit, auch in diesem Publikationsorgan, produktiv zu nutzen. Die letzte Mitgliederversammlung des Netzwerks im Dezember hat dazu einen Schritt unternommen, indem sie Vorschläge für erinnerungspolitische Interventionen im öffentlichen Raum erörtert hat. Sie in Taten umzusetzen sind wir bemüht. Dass darüber in unserer aller Arbeit andere erinnerungskulturelle Felder nicht vernachlässigt werden, zeigt auch dieser knappe Newsletter. Grundsätzliche Fragen zur Erinnerungskultur, von denen Jens Gundlach berichtet, und mit denen sich Marco Dräger in einer Rezension befasst, finden hier ebenso Eingang wie das praktische Problem, was mit einer Informationstafel geschieht, wenn sie Bauarbeiten im Wege steht. Berichten zu wichtigen erinnerungskulturellen Aktionen und Veranstaltungen bietet auch dieser Newsletter ein Forum. Und da im Verein Meinungsvielfalt herrscht, soll diese auch in einer Polemik über Rezensionen zur neuen Rosa Luxemburg Biografie von Ernst Piper ihren Ausdruck finden.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Spar- und Bauverein stellt Übergangs-Gedenkort in Limmer zur Verfügung**
- **Erinnerung an Holocaust in Litauen und Lettland – Lebendige Reiseindrücke in der Gedenkstätte Ahlem**
- **„Täter vor Ort – die NSDAP in Hannover“ – Ausstellung in der Gedenkstätte Ahlem**
- **Erinnerung an die NS-Verbrechen als Teil der nationalen Identität Deutschlands**
- **Zum Umgang mit Ehrungen und Erinnerungen**
- **15. Januar 1919 – Erinnerungsblüten**

Spar- und Bauverein stellt Übergangs-Gedenkort in Limmer zur Verfügung

Wegen notwendiger Kanalbauarbeiten im Bereich der künftigen Wasserstadt Limmer mussten der Gedenkstein und die Informationstafel für das KZ-Außenlager Conti-Limmer Ende September 2018 abgebaut werden. Auf städtischem Grund war in der Nähe kein vorübergehender Platz zu finden. Daher plante die Stadt, Stein und Tafel abzubauen und bis zur Herstellung des geplanten endgültigen Gedenkortes für unbestimmte Zeit „einzulagern“.

Maik Rendelmann ist als Straßenbau-Vorarbeiter bei der GP Papenburg Baugesellschaft seit Mai 2017 auf dem Gelände der Wasserstadt tätig. Schon in den ersten Wochen in Limmer war ihm aufgefallen, dass SpaziergängerInnen oder RadfahrerInnen sehr häufig vor der Informationstafel an der Sackmannstraße anhalten und sich intensiv mit deren Inhalt beschäftigen. Auch ganze Schulklassen habe er dort schon gesehen, berichtet Rendelmann. Seine Beobachtung deckt sich mit der Wahrnehmung von AnwohnerInnen.

Ein Abbau und die Einlagerung von Gedenkstein und Infotafel – für möglicherweise mehrere Jahre – kamen daher für die Mitglieder des Arbeitskreises „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ nicht infrage. Das direkt an den bisherigen Standort angrenzende Grundstück steht im Eigentum des Spar- und Bauvereins. Als dessen Vertreter durch den Arbeitskreis angesprochen wurden, gab es sofort Bereitschaft, eine Übergangslösung zu ermöglichen. Am 1. Oktober 2018 wurden Stein und Tafel von Maik Rendelmann und seinen Kollegen um rund 12 Meter auf das Grundstück des Spar- und Bauvereins versetzt, sodass das Gedenken an das KZ-Außenlager Conti-Limmer weiterhin gewährleistet ist und sich PassantInnen auch während der Bauzeit der »Wasserstadt Limmer« über das Konzentrationslager informieren können.

Dem Spar- und Bauverein gilt für diese schnelle und reibungslose Lösung ein großer Dank des Arbeitskreises. Solch ein Verhalten ist nicht selbstverständlich!

Horst Dralle

Matthias Waselowsky



Foto: Horst Dralle

Erinnerung an den Holocaust in Litauen und Lettland

Lebendige Reiseeindrücke in der Gedenkstätte Ahlem

Für den Vortrag des Ehepaars Dr. Annemarie Krumbein-Thum und Dr. Horst Thum war die Gedenkstätte Ahlem – früher Israelitische Gartenbauschule – der authentische Ort. Vor 77 Jahren, am 15. Dezember 1941, war von hier aus die erste Deportation von 1001 Juden ins lettische Rigaer Getto gestartet. Die SS hatte die Gartenbauschule beschlagnahmt und zur zentralen Sammelstelle für den Transport von Juden in die Gettos und Vernichtungslager des Ostens umfunktioniert. Die meisten der Verschleppten wurden ermordet.

Vor Ankunft des Bahntransports aus Hannover in Riga räumte die SS das dortige Getto und erschoss dessen Bewohner mit Hilfe lettischer Truppen im nahe gelegenen Wald von Rumbula. Von den aus Deutschland 1001 Deportierten überlebten nur 69 den Holocaust, darunter Henry Simon, Lore Oppenheimer und die Christin jüdischer Herkunft Hilde Schneider.

1940, noch vor dem Einmarsch der Nazis, hatte der japanische Konsul im litauischen Vilnius, Chiune Sugihara, gegen ausdrückliche Anweisung seiner Regierung, Tausende handgeschriebene Transitvisa für Juden ausgestellt, so dass sie der absehbaren Verfolgung entkommen konnten. Sugihara, geboren 1900 und gestorben 1986, gilt als der japanische „Oskar Schindler“. In Yad Vashem, Jerusalem, wurde er in die Namensliste der „Gerechten unter den Völkern“ aufgenommen.

Das Ehepaar Thum stieß in Litauen und Lettland auf etliche Gedenkkorte, die an den Holocaust erinnern. Wie ihre Fotos bezeugen, werden einige gepflegt, andere sind verwahrlost. 1991 wurde auf private jüdische Initiative bei Vilnius ein zentrales Denkmal für die jüdischen Opfer errichtet. Die Gedenkkorte und auch die jüdischen Museen in Vilnius und Riga werden wenig besucht.

Horst Thum verwies darauf, dass die SS jüdische Menschen propagandistisch gleichsetzte mit Bolschewiki und sie denunzierte als Zerstörer der Zivilisation. Diese Diskriminierung fand offenbar auch im Baltikum Gehör. Hinzu kam, dass Litauer und Letten die deutschen Invasoren weniger als Besatzer denn als Befreier von sowjetischer Herrschaft empfand. Russen und Juden wurden weitgehend gleichgesetzt. Daraus erklärt sich die mörderische Kollaboration mit Nazi-Deutschland. Die Sowjets hatten nach ihrem Einmarsch ins Baltikum 1940 auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes 18.000 Bewohner nach Sibirien deportiert.

Von den Hunderttausenden Juden, die im Baltikum ermordet wurden, ging die Hälfte auf das Konto baltischer Hilfstruppen – angestiftet von SS und SD. Im Jahr 2005 gab es ein offizielles litauisches Eingeständnis einer Mitschuld. An einer gründlichen historischen Aufarbeitung des Holocaust in den baltischen Staaten fehlt es bis heute.

Dr. Jens Gundlach

„Täter vor Ort – die NSDAP in Hannover“ – Ausstellung in der Gedenkstätte Ahlem

Erschreckend und abstoßend ist das Foto von der Fahnenweihe am 9. Juli 1933: Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (NSDAP) marschierten fahنشwenkend und singend in die Nazareth-Kirche (Südstadt) ein. Dieses Bild und viele andere Dokumente erforschten Schülerinnen und Schüler aus Stadt und Region Hannover. Fünf Gymnasien machten sich seit August 2016 an die Arbeit, um in Archiven Material zu den Anfängen der NSDAP-Diktatur 1933 zu finden. Angeleitet wurden sie vom Historischen Seminar der Leibniz Universität, finanziell unterstützt von der Robert Bosch Stiftung in der Förderlinie „Denkwerk“. In Kooperation mit der Gedenkstätte Ahlem, dem Niedersächsischen Landesarchiv und dem Stadtarchiv Hannover stand die Spurensuche unter dem Motto „Erinnern statt Vergessen“. Sie fanden örtliche NSDAP-Organisationen und Funktionsträger mit Karrieren, Zahlen über Parteimitglieder, Nutznießer, Mitläufer, Kirchen, Vereine; kurz: Täter und Täterinnen, die mit dem verbrecherischen Staat einverstanden waren. Die Forschenden gewannen Erkenntnisse u. a. über Denunziationen, den Luftschutz seit 1933, frühe Kriegsvorbereitung, Vetternwirtschaft, Marken zuteilung, Entnazifizierung.

Die Schülerinnen und Schüler forschten zudem im Bundesarchiv Berlin und in der Gedenkstätte. Sie vervollständigten ihre Erkenntnisse durch Anschauung mit Exkursionen nach Berlin, zur SS-Ordensburg Wewelsburg, ins Konzentrationslager Niederhagen für Zwangsarbeiter und nach Sachsen-Anhalt in die Euthanasie-Anstalt Bernburg.

Anschaulich gestalteten die Schulen auf Ausstellungstafeln ihre Ergebnisse mit historischen Fotos, Tabellen, Aktenauszügen Chroniken usw.; sie dokumentierten ebenfalls ihre Forschungsbemühungen. Damit wird eindrucksvoll die Frage beantwortet: „Was geht uns das heute an?“ In einer Zeit, in der nicht nur durch Deutschland, sondern auch durchs übrige Europa und die USA ein Rechtsruck geht und antisemitische Hetze zunimmt, ist es notwendig zu wissen: Wie war der Anfang? Welche Umstände beförderten Populisten, Täter und Unterstützer der rechtsextremen Parteien? Wachsamkeit, Wissen und Engagement sind gefragt. Das zeigt die Ausstellung im Foyer der Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergallee 10. Eine Tagung über dieses Projekt der Schulen findet als Abschluss statt.

Dr. Anke Sawahn

Erinnerung an die NS-Verbrechen als Teil der nationalen Identität Deutschlands

Vortrag von Prof. Rolf Wernstedt

Unbequemer Vortrag in der Gedenkstätte Ahlem von einer Persönlichkeit mit hoher Kompetenz: Prof. Rolf Wernstedt als früherer Kultusminister des Landes Niedersachsens und Präsident des niedersächsischen Landtags warb dafür, die Erinnerungskultur in Deutschland nicht allein auf die positiven und die nationale Größe betonenden Ereignisse deutscher Geschichte zu beziehen. Wernstedt: „Der willentlich und verantwortungslos vom nationalsozialistischen Deutschland vom Zaun gebrochene 2. Weltkrieg, der nach einer vom Bundestag einstimmig beschlossenen Erklärung als Angriffskrieg und im Osten als Vernichtungskrieg bezeichnet werden muss, hat die Erinnerungskultur nachhaltig verändert.“

Die Menschheitsverbrechen der NS-Diktatur hätten das viele Jahrzehnte geltende einseitig heldische Geschichtsbild „total diskreditiert“. Deshalb müsse auch die Erinnerung an die dunkle Phase der Geschichte im nationalen Selbstbild verankert werden, selbst wenn dies anstrengend und schwer auszuhalten sei.

Wernstedt, der von 2003 bis 2017 Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Niedersachsen war, brachte den Verband durch Überzeugungsarbeit in einem anderen wichtigen Punkt auf eine neue Linie. Nun wird auch hier anerkannt, dass die deutsche Wehrmacht sowohl am Holocaust als auch am Massenmord an Polen, Russen und Kriegsgefangenen direkt oder indirekt beteiligt war. Die Wehrmacht schuf und sicherte durch Angriffskrieg die Räume für Verbrechen und machte sich damit mitschuldig. Gleichzeitig bezahlten deutsche Soldaten ihren Einsatz mit dem Leben. So waren nicht wenige Täter und Opfer in einer Person. Das bedeutet, „dass über jedem deutschen Soldatenfriedhof der Schatten des Holocaust liegt“.

Wernstedt verband das Erinnern an das NS-Regime mit dem Heimatbegriff, dem er damit seine verbreitete romantische Gemütlichkeit absprach. Die Gräber von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern sowie der in KZs und Gefängnissen Umgekommenen „gehören zur Heimatgeschichte“ und zu „unserer Identität“. Wernstedt warnte allerdings davor, „das Mitfühlen und Mitleiden in eine Art Identifizierungswunsch mit den Opfern“ zu lenken. Er forderte rationale Aufarbeitung und den Willen, aus dem Geschehen Lehren zu ziehen. Diese Forderung warf die Frage auf, ob die Gedenkstätte Ahlem mit ihrem Dokumentationsprogramm richtig aufgestellt sei. Die Leiterin der Gedenkstätte, Stefanie Burmeister, reagierte darauf mit der Feststellung: „Betroffenheitspädagogik lehnen wir ab, wir legen Wert auf Aufklärung.“ Einig war man sich darüber, dass emotionale Verbundenheit mit dem Leid der Opfer unerlässlich sei, dass Erinnerung aber in dieser Haltung nicht stecken bleiben, sondern ursächliche Zusammenhänge sowie ethische und politische Konsequenzen thematisieren sollte.

Dr. Jens Gundlach

Zum Umgang mit Ehrungen und Erinnerungen

In der Debatte um Straßenumbenennungen, historische Ehrungen oder Denkmale und Gedenkorte kann es nichts schaden, auch einmal über den lokalen Tellerrand zu schauen. Unser Mitglied Marco Dräger hat uns seine Rezension eines Bandes über die Tagung „Erinnerung, Ehrung, Politik. Zum Umgang mit Ehrungen und Erinnerungen nach 1945“ vom April 2016 in Münster zur Verfügung gestellt.

Der von Matthias Frese und Marcus Weidner herausgegebene Sammelband geht aus der Tagung „Erinnerung, Ehrung, Politik. Zum Umgang mit Ehrungen und Erinnerungen nach 1945“ hervor, den die beiden Herausgeber im April 2016 am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster veranstalteten. Er thematisiert geschichts- und erinnerungskulturelle Wandlungen kollektiver Lokalgedächtnisse, die aus gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Neubewertungen im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit resultieren.

Um das von ihnen konstatierte Spannungsverhältnis von Politik, Ehrung und Erinnerung (vgl. 7) sowie die geschichtspolitischen und sozialen Konflikte solcher „verhandelter Erinnerungen“ zu untersuchen, verwenden sie den Begriff des „Ehrregimes“, anhand dessen die lokalen Erinnerungszeichen untersucht werden (11). Sie operationalisieren ihr Oberthema in drei Teilbereiche: „Denkmäler und Gedenkorte“ (19–133), „Personen in der öffentlichen Erinnerung“ (135–250) und „Revision von Straßennamen“ (251–358).

Der zweite Teil sticht in doppelter Hinsicht heraus: Zum einen widmet er sich konkreten Personen wie dem Lemgoer Bürgermeister Wilhelm Gräfer, dem zwangssterilisierten Münsteraner Paul Wulf und dem Gütersloher Psychiater Hermann Simon. Zum anderen werden Personen abstrakter anhand der Auseinandersetzung über Stolpersteine thematisiert. Der Münchner Aktivist Terry Swartzberg plädiert leidenschaftlich für diese Art des Gedenkens; Ulrike Schrader, deren Beitrag kein Bestandteil der ursprünglichen Tagung war und im Sammelband nachträglich ergänzt wurde, formuliert kritische Anmerkungen vor allem im Hinblick auf die gegenwärtige Gedenkpraxis. Die Bereiche umfassen jeweils zwischen vier und sechs Beiträgen, wobei der erste Beitrag der ursprünglichen Sektionsleiterinnen stets allgemeiner gehalten ist und quasi eine Einleitung zu den folgenden Beiträgen liefert, indem er das jeweilige Forschungsfeld skizziert.

Ein abschließender vierter Teil „Künstlerische Interventionen“ (359–379) besteht lediglich aus einem Beitrag, nämlich dem ehemaligen Abendvortrag des Münchner Künstler Wolfram P. Kastner, der über einige seiner künstlerischen Aktionen der letzten rund zwei Jahrzehnte referiert.

Der im Klappentext vollmundig angekündigte Vergleich von erinnerungskulturellen Konflikten „anhand von lokalen und regionalen Vorgängen in verschiedenen Ländern und Regionen“ fällt allerdings recht schmal aus. Lediglich die Beiträge von Petra Spona (zu Personenehrungen in Hannover), Dietmar von Reeken (zu Konflikten um Oldenburger Straßennamen) und Florian Wenninger (zu Konflikten um Straßennamen in Österreich) überschreiten den auf Westfalen gelegten Fokus.

Gerade in der Fokussierung auf lokale bzw. regionale Erinnerungskulturen in Westfalen liegt jedoch die Stärke dieses Bandes und seiner überwiegend sehr lesenswerten Beiträge. Erst ihre genaue Untersuchung ermöglicht es nämlich, verschiedene Orte und Regionen in erinnerungskultureller Perspektive miteinander zu vergleichen und ggf. lokale oder regionale Spezifika herauszuarbeiten. Bernd Schönemann nennt als ein Desiderat des Forschungsfeldes Geschichtskultur die Erforschung von deren Geschichte in Form von „Synthesen mittlerer Reichweite“. Zu dieser Aufgabe zählt er den Vergleich lokaler Geschichtskulturen, die Untersuchung von Genese, Struktur und Funktion regionaler Erinnerungslandschaften sowie sozialgruppenspezifischer Vergangenheitskonstruktionen in ihrer Eigenlogik und Abgrenzung nach außen.[1]

Die Intention der Herausgeber geht genau in diese Richtung, wenn sie zum einen diesbezüglich bislang ein Forschungsdefizit für Westfalen beklagen (15) und zum anderen zahlreiche derartige Fragen aufwerfen (17). Die summarische Beantwortung dieser Fragen für das Beispiel Westfalen und das Herstellen von Bezügen zwischen den einzelnen Beiträgen in einer

Gesamtschau durch die Herausgeber wäre freilich sinnvoll und wünschenswert gewesen. Diese Aufgaben bleiben jedoch der Leserschaft überlassen.

Auch in der Rubrik „Künstlerische Interventionen“ stecken Impulse für weitere Forschungen zur Bedeutung und Wirkung von Kunst – wie z. B. Denkmälern und Gegendenkmalen – bei erinnerungskulturellen Transformationsprozessen.[2] So ließe sich beispielsweise nach dem Wechselspiel von Kunst und Erinnerungskultur, nach den Künstlern und ihren Motiven, nach den Publika, nach den von ihnen ausgehenden öffentlichen Kontroversen oder nach der Reichweite und dem Wirkungsgrad von Kunstwerken fragen – gerade auch im Vergleich zur Rezeption von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen von Historikerinnen und Historikern, was Alfons Kenkmann, Dietmar von Reeken und Florian Wenninger in ihren Beiträgen zu Straßennamen thematisieren und reflektieren.

Insgesamt betrachtet geben die lokalen Fallbeispiele einen detaillierten Einblick in die jeweilige Erinnerungskultur vor Ort, ihren Wandel und die damit verbundenen Konflikte. Zugleich eröffnet der Sammelband damit jedoch auch dahingehend neue Forschungsperspektiven, dass er zur Erforschung der Erinnerungskultur und ihres Wandels an anderen Orten sowie in anderen Regionen und Ländern anregt. Erst weitere derartige Untersuchungen können zu zuverlässigen Aussagen über Erinnerungskulturen und ihren Wandel auf der historischen Makroebene führen. Der vorliegende Sammelband stellt somit einen ersten Schritt und wichtigen „Baustein“[3] für eine solche Gesamtdarstellung dar.

[1] Schönemann, Bernd: Geschichtskultur als Forschungskonzept der Geschichtsdidaktik, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 1 (2002), S. 78–86, hier S. 82–83.

[2] Siehe hierzu exemplarisch Tomberger, Corinna: Das Gedenkmal. Avantgardekunst, Geschichtspolitik und Geschlecht in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, Bielefeld 2007 und Wijsenbeek, Dinah: Denkmal und Gedenkmal. Über den kritischen Umgang mit der Vergangenheit auf dem Gebiet der bildenden Kunst, München 2010.

[3] Vgl. Schönemann (Anm. 1), S. 83.

Frese, Matthias/Weidner, Marcus (Hg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018 (Forschungen zur Regionalgeschichte 82). ISBN: 978-3-506-78798-9; 385 S., € 49,90.

Marco Dräger

(diese Rezension erscheint demnächst auf sehpunkte.de Rezensionjournal für Geschichtswissenschaften)

15. Januar 1919 – Erinnerungsblüten

Der 100. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg rief das bei dezimalen Gedenktagen übliche Rauschen im deutschen Feuilleton und seinem angrenzenden Blätterwald hervor. Rechtzeitig zum Gedenktag hatte der Historiker *Ernst Pieper* im Blessing Verlag auch eine über 800 seitige Luxemburg-Biographie vorgelegt, die in der SZ (14.01.) von *Rainer Stephan* ausführlich gefeiert wurde. Sie sei, so rühmt er, mit „objektiver Empathie“ geschrieben.

Auch der DGB räumte diesem Werk in seinem *online-Newsletter einblick* breiten Raum ein. *Daniel Häufler*, Redakteur des „Debattenmagazins“, kommt hier mit seiner Rezension zu Wort. Ihn beeindruckt die „umfassende, scharfsichtige und elegant geschriebene Biographie“. Einig sind sich beide Rezensenten in der Verantwortung der Führung der SPD für die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs und die Massaker an den Spartakisten durch die Soldateska der Freikorps.

Beide schildern ihre Kritik an der Entwicklung der Sozialdemokratie, die schließlich ihren Höhepunkt in der Frage der Kriegskredite fand. Beide heben auch ihre kritischen Positionen zu Lenin hervor. Nach Häusler geht es dabei „vor allem um die Rolle der Revolution und die Diktatur des Proletariats, die sie als eine Diktatur der Partei kritisierte.“ Pieper schreibe „zu Recht“, dass „Luxemburg ... der lebendige Beweis dafür (ist), dass ein Marxismus jenseits des Leninismus möglich“ sei. Auch in der SZ wird in dieses Horn gestoßen, unvermeidlich immer das Zitat von „der Freiheit der Andersdenkenden“. Dass jedoch auch ein Marxismus „jenseits des Leninismus“ die Verbindung der Theorie mit der Praxis erfordert hätte und dass schon die bloße Möglichkeit dieser Umsetzung auf brutale Gewalt gestoßen ist, das eben war die Tragik von Rosa Luxemburg! Die von Lenin begründete junge Sowjetunion musste erst einen gnadenlosen Bürgerkrieg und mehrere Interventionskriege überstehen. Ihre erfolgreiche Industrialisierung hat schließlich die Rote Armee befähigt, Hitlers Panzerarmeen zu schlagen. Ohne sie würden wir heute den 27. Januar und wohl auch nicht den 8. Mai nicht begehen.

Das alles passt nicht in das Geschichtsbild von *Stephan*. Gleich eingangs zitiert er *Pieper* mit dem Satz, Stalin habe Luxemburg „zum zweiten Mal ermordet“, weil er sie 1931 ihrer theoretischen Positionen wegen zur Feindin des sowjetischen Kommunismus erklärt hatte. Nun weiß weder Pieper noch sonst wer, dank Minister Noske, wie Luxemburg angesichts der weiteren historischen Entwicklungen gedacht hätte.

Von anderem Holze ist da der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse. Auf die Frage, ob die Sozialdemokratie damals Schuld auf sich geladen habe, ließ er sich allenthalben mit dem Satz zitieren: „Ja, weil hier Menschenopfer zu beklagen waren. Aber welche Wahl hatte denn die sozialdemokratisch geführte Regierung? Entweder Aufstand und Chaos oder Ordnung, Sicherheit, Versorgung herzustellen und den Weg in eine normale Demokratie gehen.“ Was der wackere Freiheitskämpfer der Wende dabei vergisst, ist, dass die Mordkomplizen dieser Regierung nicht die Republik, sondern die Revanche für den verlorenen Krieg im Sinn hatten. Als sie und ihre Hintermänner 1933 dann ihre Stunde gekommen sahen, war es aus mit der Republik und auch die Sozialdemokraten wanderten ins Lager oder ins Exil.

Reinhold Weismann-Kieser

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 29.01.2019.

Redaktionsschluss der Märzausgabe 2019 ist am 26.3.2019.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

